



## Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

### **(Wohn-)Eigentum fördern und schützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Wohneigentum für viele Menschen ein Sicherheitsversprechen, einen Sehnsuchtsort und gar einen Lebenswunsch darstellt.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich klar und deutlich zum Gebäudetyp „Einfamilienhaus“ zu bekennen und etwaige Verbote für Bayern strikt abzulehnen.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, ihre Bemühungen zu intensivieren, um die Wohneigentumsquote in Bayern zu erhöhen.

### **Begründung:**

In einem Interview mit dem „Spiegel“ äußerte sich Anton Hofreiter, Fraktionsvorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag, skeptisch zu Einfamilienhäusern, da seiner Meinung nach bei diesen zu viel Fläche, Energie und Baustoffe verbraucht werden und eine weitere Zersiedlung folgen würde. In Hamburg-Nord dürfen bereits keine Einfamilienhäuser mehr gebaut werden (vgl. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hamburg-gruene-verbieten-einfamilienhaeuser-traumhaus-ade-kolumne-a-00000000-0002-0001-0000-000175196783>). Was in Hamburg-Nord bereits auf den Weg gebracht ist, könnte bald in ganz Deutschland zur Realität werden, wenn der Parteitagbeschluss „Bauwende“ der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2019 umgesetzt werden sollte (vgl. <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wohnen-Bauwende-Nachhaltiges-ressourcenschonendes-Bauen-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>).

Solche Eingriffe in die Entscheidungshoheit der Bürgerinnen und Bürger werden weder positive Auswirkungen auf die Klimabilanz haben, so äußerte sich unter anderem auch der Wirtschaftsweisen Lars Feld, noch dazu beitragen, dass sich die Wohneigentumsquote erhöht, die in Deutschland bei rund 46,5 Prozent liegt. Im europäischen Vergleich nimmt Deutschland damit den vorletzten Platz ein. Lediglich die Schweiz verfügt über eine noch geringere Eigentumsquote als Deutschland.

Laut Wohntraumstudie aus dem Jahr 2019 wünschen sich 66 Prozent aller Mieterinnen und Mieter Wohneigentum, 38 Prozent haben jedoch nicht die notwendigen finanziellen Mittel, um sich Eigentum leisten zu können. Daher befürwortet der Landtag eine Intensivierung der Maßnahmen, um die Wohneigentumsquote in Bayern zu erhöhen. Nachdem die bayerische Eigenheimzulage bereits wieder ausgelaufen ist, wäre es an der Zeit, endlich zielführende Maßnahmen, wie bspw. Abschaffung der Grunderwerbsteuer, für die erste, selbstgenutzte Immobilie, zu implementieren.

Zusätzliches Wohneigentum trägt einerseits dazu bei, gemäß einem Sickerneffekt die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum zu erhöhen. Andererseits ist Wohneigentum der beste Schutz vor steigenden Mieten und stellt zudem einen essenziellen Baustein

zur Altersvorsorge und Vermögensbildung dar, weswegen Wohneigentum stärker geschützt und gleichermaßen mehr gefördert werden sollte und zwar in der Gestalt, wie es von der Gesellschaft gewünscht wird, egal ob Einfamilienhaus, Doppelhaushälfte, Reihenhaus oder Mehrfamilienhaus.